

Starke LDP mit Allianzen gegen linke Klientel-Bewirtschaftung



von Parteipräsidentin Patricia von Falkenstein

Haben Sie schon einmal eine Sitzung des Grossen Rates besucht? Falls nicht, rate ich Ihnen sehr, dies einmal zu tun. Sie werden dann mitbekommen, wie die politische Linke Vorstösse am Laufmeter produziert und einreicht. Mit vielen solchen Anzügen oder Motionen werden zusätzliche Leistungen des Staates verlangt, die selbstredend Geld kosten, zum Teil sehr viel Geld.

Das Spektrum reicht von kostenloser Windel-Entsorgung über die Schaffung einer staatlichen Stelle, welche den Gemüseanbau in der Stadt organisieren soll, Übernahme der Mietkosten von privaten Spielgruppen, Besserstellung von Eltern mit Besuchsrechten ihrer Kinder bei der sozialen Wohnförderung, Zustellung von Wahl- und Abstimmungsunterlagen für Ausländer, garantierter Platz in einem Tagesheim zum Wunschtermin, Schaffung eines autofreien Ökostadtteils am Hafen, staatliche Förderung von Patenschaften für Personen und Familien mit Migrationshintergrund bis zur Forderung nach Gesundheitsvorsorge in Zusammenarbeit mit Migrantinnen und Migranten. Die Aufzählung ist nicht abschliessend.

Die Linke versucht mit solchen und anderen Forderungen, ihre Klientel zufrieden zu stellen. Die Finanzsituation des Kantons kümmert die SP und das Grüne Bündnis offensichtlich wenig. Aus meiner Sicht ist dies problematisch, weil diese beiden politischen Gruppierungen die Mehrheit in der Regierung stellen und die Regierung aktuell die Ausgaben senken und die staatlichen Aufgaben auf ihre Notwendigkeit überprüfen muss.

Diese „Batzen und Weggli“-Mentalität ist unredlich. Auf der einen Seite, der Regierung, gibt man sich durchaus kostenbewusst und punktet damit, auf der anderen Seite, im Grossen Rat, zeigt man sich grosszügig gegenüber der eigenen Wählerschaft und gewinnt auch dort Sympathien. Die linke Regierungsmehrheit muss – wenn sie sich verantwortungsbewusst geben will – froh sein, wenn es die nicht linken Kräfte vereint schaffen, die übertriebenen Forderungen der eigenen Parteien abzulehnen.

Die Liberal-Demokratische Fraktion setzt sich konsequent zur Wehr gegen solche Spielchen. Leider gelingt es – je nach Thema – nicht, Mehrheiten gegen zusätzliche Ausgaben zu bilden. Die Bürgerlichen treten oft nicht geschlossen auf. Die LDP ist eigenständig. Sie wird auch in Zukunft eigenständig bleiben. Wenn es aber erforderlich ist, sind breite Allianzen nötig. Nur mit einer starken LDP in einem starken Bürgerlichen Lager kann es gelingen, der Linken mit Aussicht auf Erfolg zu begegnen. Erste Erfolge sind da. Wir müssen diesen Weg weiter gehen, ohne unsere eigene Identität aufzugeben.

Wo bleibt das Augenmass?!

Der verschwenderische Umgang mit Steuergeldern liegt uns Liberal-Demokraten fern! Bei Investitionen legen wir grossen Wert auf die Nachhaltigkeit, sinnvolle Auslagerungen unterstützen und übertriebene Ausgaben bremsen wir. Dem Grossen Rat fehlt es jedoch oft an gesundem Augenmass! So werden zum Beispiel bei der Ausgestaltung von Fussgängerzonen in der Innenstadt nur teuerste Bodenplatten vorge schlagen und auf Varianten mit Asphaltbelägen wird verzichtet! Weiter genügt es offenbar nicht, dass Basel sich im Kulturbereich auf seine Museen, die Musik und Theater, Tanz und Literatur beschränkt, nein, das Filmschaffen soll nun auch noch gestärkt werden. Die Verwaltung wird munter aus- statt abgebaut! Wird seitens Regierung die Aufhebung von Stellen vorgeschlagen, führt dies sofort zur Gegenwehr von der linken Seite des Grossen Rates mittels Interpellationen, Referenden und Petitionen. Die Bemühung, die Verantwortung für einen gesunden Staatshaushalt mit zu tragen, wird mit Füßen getreten, wenn die Mehrheit des Grossen Rates jede vorgeschlagene und vertretbare Einsparung bodigt! Dies gilt natürlich auch in Bezug auf Massnahmen im Steuerbereich, bei der Pensionskasse und im Gesundheitsbereich etc. Im Zusammenhang mit dem Verkehrskonzept Innenstadt liegt es ebenfalls in der Verantwortung des Grossen Rates, dass bei der Umsetzung mit Augenmass vorgegangen wird und Ladengeschäften, Restaurants und Anwohnenden keine negativen Konsequenzen, auch finanzieller Art, entstehen. Unsere Fraktion ist gefordert und „bleibt am Ball“!

Christine Wirz-von Planta

Inhalt

| | |
|--|----|
| Starke LDP mit Allianzen gegen linke Klientelbewirtschaftung | 1 |
| Wo bleibt das Augenmass? | 1 |
| Nomination für die Nationalratswahlen: LDP schickt einen Regierungsrat und vier Grossräte ins Rennen | 2 |
| Strasseninitiative: NEIN zu Initiative und Gegenvorschlag | 3 |
| Liberale Politik: „22 Versuche“ neu aufgelegt | 4 |
| Ein Abstimmungssonntag im März: Wichtige Verwerfung unsinniger Experimente | 5 |
| Verkehrsregime Innenstadt: LDP fordert Überprüfung der Folgen | 6 |
| Schnapsidee der Grünen | 6 |
| Umgestaltung der Wettsteinallee: Projekt ist unnötig, unerwünscht und kostet Geld und Parkplätze | 7 |
| Aufhebung der Polizei-Arbeitsmarktzulage: Regierungsentscheid gefährdet Sicherheit | 7 |
| Die Universität weiter entwickeln – von Stadt und Land gemeinsam | 8 |
| Unnötige Gefahr durch Parkierverbot | 8 |
| Jungliberale Basel-Stadt schalten einen Gang höher | 9 |
| Planlose Planung? | 10 |
| Hinweis auf Facebook | 10 |
| Impressionen von der Nominations-Versammlung | 11 |
| Vom Baselbiet lernen... | 12 |
| Nächste Parteiversammlung und Generalversammlung | 12 |

Nomination für die Nationalratswahlen: LDP schickt einen Regierungsrat und vier Grossräte ins Rennen

Mit einem amtierenden Regierungsrat und vier Mitgliedern des kantonalen Parlaments geht die Liberal-Demokratische Partei Basel-Stadt in den Wahlkampf für den Nationalrat. Die Parteiversammlung nominierte am 9. März Christoph Eymann, André Auderset, Conradin Cramer, Patricia von Falkenstein und Heiner Vischer. Bezüglich der Ständeratswahl und der Frage von Listenverbindungen wurden noch keine Entschlüsse gefasst.

Die Nomination erfolgte nach kurzer Einführung mit Fragerunde, geleitet von LDP-Vizepräsident Philip Schotland, einstimmig. Andere Kandidaturen wurden nicht gemeldet. Begonnen wurde die Vorstellung mit der Parteipräsidentin, die Familienpolitik als einen ihrer Schwerpunkte angab, den sie auch in Bern vertreten würde. Sie - wie die anderen Kandidierenden - verwies darauf, dass es ein sehr ehrgeiziges Ziel sei, einen Sitz in der Grossen Kammer für die Liberal-Demokraten zu gewinnen; unmöglich sei es angesichts der aktuellen Konstellation aber keineswegs. André Auderset sieht viele Themen, die zwar auf kantonomer

oder gar kommunaler Ebene zuerst aufkämen, dann aber auf Bundesebene weiterverfolgt werden müssten. Als Beispiel aus seinem Berufsleben nannte er den trimodalen Containerterminal in den Rheinhäfen; dieser werde zwar in der Region geplant, für die Finanzierung dieser Aufgabe im nationalen Interesse brauche es aber Bundesfinanzen. Die Konsolidierung eben dieser Bundesfinanzen und der Sozialwerke wie AHV oder IV nannte Conradin Cramer als Schwerpunkt seiner Politik. Wie bereits im kantonalen Bereich würde sich Heiner Vischer auf die Themen Energie und Verkehr konzentrieren.

Bei Christoph Eymann interessierte natürlich die Frage, wie er seine verschiedenen Ämter gewichten würde. Er werde im Fall einer Wahl in den Nationalrat nicht sofort als Regierungsrat zurücktreten, sondern die Amtszeit ordentlich beenden, um nicht einem Nachfolger eine zu kurze Einarbeitungszeit zuzumuten. Ausserdem gebe es viele Themen, bei denen er in Bern Synergieeffekte erzielen könne. Hinsichtlich Ständerat und Listenverbindungen informierte die Parteipräsidentin, dass die Gespräche mit anderen Parteien über eine gemeinsame Kandidatur noch laufen würden. Darüber an der Parteiversammlung im Mai informiert.



Nach der Nomination begann gleich der erste Medien-Marathon.

Die Kandidierenden der LDP

Christoph Eymann

(15. 1. 1951)
Seit 2001 im Regierungsrat, Vorsteher des Erziehungsdepartements, 1991-2001 Mitglied des Nationalrats

André Auderset

(20. 9. 1959)
Im Grossen Rat seit 1. 2. 2010, Mitglied der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission, Geschäftsführer der Schweizerischen Vereinigung für Schifffahrt und Hafenwirtschaft

Conradin Cramer

(17. 2. 1979)
Im Grossen Rat seit 2. 2. 2005, Präsident des Grossen Rates 2013 / 2014, Präsident der Bau- und Raumplanungskommission

Patricia von Falkenstein

(11. 4. 1961)
Im Grossen Rat seit 18. 10. 2006, Mitglied der Finanzkommission, Präsidentin der LDP Basel-Stadt

Heiner Vischer

(14. 10. 1956)
Im Grossen Rat seit 1. 3. 2007, Mitglied im Büro des Grossen Rates, u. a. Mitglied der Regiokommission und der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission



Das „Fünfer-Ticket“ (v. l. n. r.): Heiner Vischer, Conradin Cramer, Patricia von Falkenstein, André Auderset und Christoph Eymann.
Fotos: Philip Karger

Strasseninitiative: NEIN zu Initiative und Gegenvorschlag

Mit der Strasseninitiative sollen alle kantonalen Strassen einen Veloweg erhalten, indem Fahrspuren oder Parkplätze aufgehoben werden. Wo dies nicht möglich ist, müsste zwingend Tempo 30 eingeführt werden. Der Regierungsrat plant, dieser unsinnigen Initiative einen ebenso unsinnigen Gegenvorschlag gegenüberzustellen. Die LDP stellt sich klar gegen Initiative und Gegenvorschlag.



von Heiner Vischer, Grossrat und Vizepräsident der Umwelt- und Verkehrskommission (UVEK) des Grossen Rates

2013 reichte eine links-grüne Allianz um den Verkehrs Club der Schweiz (VCS) in Basel die Initiative „Strasse teilen – ja zum sicheren und hindernisfreien Fuss-, Velo- und öffentlichen Verkehr“ – kurz: Strasseninitiative – ein.

Umgesetzt werden soll die Strasseninitiative innerhalb von fünf Jahren auf allen „verkehrsorientierten Strassen“, die eine übergeordnete Sammel- und Durchgangsfunktion in der Strassenhierarchy des Kantons einnehmen (z. B. also die Ringstrassen oder die Nauenstrasse). Konkret fordert die Initiative, dass den Fussgängern normgerechte Trottoirs zur Verfügung stehen, der ÖV priorisiert wird und „Massnahmen“ für die Velofahrer ergriffen werden sollen.

Harmloses und Einschneidendes

Die ersten beiden Forderungen sind allerdings von untergeordneter Bedeutung: Alle neu erstellten Trottoirs werden sowieso normgerecht gebaut und die bestehenden, die nicht normgerecht sind, werden bei Strassenerhaltungsmassnahmen wenn immer möglich verbreitert und der ÖV ist heute sowieso schon priorisiert und wird dies künftig noch weiter werden. So steht es übrigens auch im § 8 des Gesetzes über den Öffentlichen Verkehr.

Wesentlich einschneidender sind hingegen die geforderten

Massnahmen für den Autoverkehr: Auf allen in Frage kommenden Strassen – und das sind rund 46 km auf dem Kantonsgebiet (s. Bild) - müssen Velostreifen oder Velowege erstellt werden. Dabei dürfen die Strassenbreiten zudem nicht erweitert werden.

Verkehrskollaps programmiert

Kann also im bestehenden Strassenquerschnitt kein Velostreifen eingerichtet werden, muss zuerst bei mehrspurigen Strassen eine Spur zu Gunsten des Veloverkehrs aufgehoben werden. Das wird in den meisten Fällen aber illusorisch bleiben (z. B. Nauenstrasse), weil dies zu einem massiven Verkehrskollaps führen würde.

Ist dies nicht möglich, muss auf der betreffenden Strasse Tempo 30 signalisiert werden (alle verkehrsorientierten Strassen sind allerdings per Definition im Bundesgesetz Tempo 50

Strassen). Wenn Tempo 30 auf verkehrsorientierten Strassen dennoch eingeführt werden soll, ist dies nur in Ausnahmesituationen möglich. Es muss ein reales und durch keine andere Massnahme zu minderndes Sicherheitsrisiko vorliegen (wie z. B. bei Schulen). Zudem müsste in einem solchen Fall ein Gutachten erstellt werden. Die bisherige Praxis der eidgenössischen Rechtssprechung zeigt jedoch, dass der Bund solche Begehren nur äusserst restriktiv bewilligt.

1'900 Parkplätze vernichten?

Wenn auch dies nicht möglich ist, müssen Parkplätze aufgehoben werden, um eine Velospur auf die Fahrbahn zu malen. Dies würde sage und schreibe 1'900 Parkplätze auf Kantonsgebiet betreffen. Es steht ausser Frage, dass dies eine massive Verschlechterung der Parkplatzsituation in unserem Kanton

zur Folge hätte. Aber das ist ja durchaus ein Ziel der Initianten, damit den Autofahrern das Autofahren weiter vermiest werden soll und so – in ihrer Hoffnung – das Ziel einer Verkehrsreduktion von 10% bis ins Jahr 2022 erreicht werden kann. Dass dies unrealistisch ist – und sogar so auch vom zuständigen Regierungsrat bezeichnet wurde – stört sie natürlich nicht im Geringsten. Wo immer möglich, sollen weitere Belastungen und Einschränkungen zu Lasten des motorisierten Individualverkehrs (MIV) getroffen werden.

Unverständliche Haltung des Regierungsrates

Aber zurück zur Initiative: Was sagt die Regierung dazu? Sie sagt in ihrem Ratschlag, dass sie mit den Zielen der Initianten grundsätzlich einverstanden ist, präsentiert aber dennoch einen Gegenvorschlag zur Initiative. Sie tut dies, weil sie argumentiert, dass einerseits die von den Initianten postulierten Umsetzungskosten der Initiative mit CHF 90 Mio. massiv untertrieben sind (sie rechnet mit Kosten von CHF 146 Mio.) und die Umsetzungszeit von 5 Jahren total illusorisch sei (sie rechnet mit 20 Jahren). Ein Hauptgrund für die deutlich höheren Kosten sind



Die Abbildung aus dem regierungsrätlichen Ratschlag zeigt die verkehrsorientierten Strassen mit (grün) und ohne Velomassnahmen (rot).

die Abschreibungen auf den bestehenden Strassen, wenn man sie ohne Erhaltungs-massnahme (die in der Regel ja nur dann anfällt, wenn die Strasse sowieso keinen bedeutenden Restwert mehr besitzt) umbauen muss. Bei einer Umsetzung der Initiative in 5 Jahren rechnet die Regierung sogar mit einem Finanzierungsbedarf (inklusive Abschreibungs-Verlust) von CHF 186 Mio.!

Illusorisches Begehren

Auch diese Tatsache zeigt, wie illusorisch diese Initiative ist. Leider ist aber auch der Regierungsrat viel zu blauäugig (oder müsste man vielleicht eher rot-grünäugig sagen?) und unterstützt diesen Wahnsinn, zumindest im Prinzip.

Zum Abschluss noch ein paar grundsätzliche Überlegungen:

1. Es ist zweifellos zu begrüssen, dass die Sicherheit der Velofahrer stetig verbessert wird. Wir haben in der Staatskasse ja auch einen speziellen „Velo-Fonds“, aus dem immer wieder Veloprojekte gefördert werden. Aber davon auszugehen, dass in Basel das Velofahren grundsätzlich ungefährlich sei und viel zu wenig für dessen Sicherheit unternommen würde, ist schlicht falsch. Basel-Stadt belegte im letzten „Veloranking“ der dem VCS nahestehenden Vereinigung

Pro Velo schweizweit hinter Winterthur den zweiten Platz der Grossstädte.

2. Es ist widersinnig, dass die Velofahrer ausgerechnet auf den verkehrsorientierten Strassen neue Velostreifen erhalten sollen. Vielmehr sollten den Velofahrern abseits der Hauptverkehrsachsen attraktive Routen zur Verfügung stehen, auf denen sie auch schnell und vor allem auch sicher zum Ziel gelangen. Ein gutes Beispiel hierfür ist die Nauenstrasse: Auf der Bahnseite des Peter Merian-Hauses führt ein äusserst komfortabler Veloweg vom Bahnhof Richtung Grosspeter. Würde die Strasseninitiative umgesetzt werden, müsste auf der Nauenstrasse zu Gunsten eines Veloweges eine Fahrspur aufgehoben werden – obwohl eben ein ausgezeichnete und sicherer Veloweg in unmittelbarer Nähe parallel zu dieser Strasse führt. Absurder kann eine solches Begehren, wie in der Initiative gefordert, ja nicht sein!
3. Der Regierungsrat hat Ende letzten Jahres den neuen, behördenverbindlichen, „Teilrichtplan Velo“ verabschiedet, in dem neben den quartierbezogenen Veloverbindungen auch solche festgelegt sind, die man als Durchmesserlinien bezeichnen kann. Es ist also auch von den Behörden

bereits in die Richtung der Initiative geplant worden und um so unverständlicher ist es deshalb, dass die Regierung die Initiative „im Prinzip“ unterstützt. Wäre die Initiative ein Anzug im Grossen Rat, müsste man deshalb „erledigt und abschreiben“ beantragen!

4. Der potentielle Verlust von 1'900 Parkplätzen auf Kantonsgebiet ist absolut inakzeptabel. Die Regierung schreibt in ihrem Bericht, dass dies nicht so schlimm sei, weil im Zuge der Parkraumbewirtschaftung Geld in den Pendlerfonds fliesse und damit Parkhäuser für Park & Ride Anlagen erstellt würden, was wiederum den Parkdruck vermindere. Das ist an sich richtig, aber die wenigen Parkplätze die mit den geringen Geldmitteln aus diesem Fonds geschaffen werden, können unmöglich einen solchen Verlust kompensieren. Die Folge wird vielmehr sein, dass der Suchverkehr in den Quartieren zunimmt und die Frustration der Bevölkerung entsprechend steigt.

Die vorangegangenen Erläuterungen zeigen es deutlich: Die Strasseninitiative ist eigentlich eine Veloinitiative und deshalb letztenendes eine Mogelpackung. Während die Initianten suggerieren, sie möchten den „Fuss- Velo- und öffentlichen Verkehr“ sicherer und hinder-

nisfrei machen, geht es ihnen nämlich prioritär um den Veloverkehr.

Die Initiative müsste also als eine Veloinitiative deklariert sein und nicht als eine Strasseninitiative. Der ACS spricht deshalb auch nicht ganz unberechtigterweise von der „Anti-Strasseninitiative“.

Veloförderung Ja - aber mit Augenmass!

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass sowohl die Initiative als auch der Gegenvorschlag des Regierungsrates in keiner Art und Weise überzeugen.

Es wird Vieles und Gutes in Basel für das Velofahren getan, und das soll auch weiterhin so bleiben - aber bitte mit Augenmass und nicht auf eine solch radikale Art und Weise! Auch der MIV hat seine Bedeutung und Berechtigung in unserer Stadt. Er wurde mit dem Verkehrsregime Innerstadt bereits massiv eingeschränkt, und es ist nun unabdingbar, dass die noch verbleibenden Verkehrsachsen ihre Funktion weiterhin erfüllen können. Die Strasseninitiative wurde kürzlich im Kanton Basel-Land massiv verworfen. Sollte sie in Basel auch zur Abstimmung kommen, wird sie hoffentlich dank besonnener Stimmbürger und Stimmbürgerinnen das gleiche Schicksal erfahren.

Liberaler Politik: „22 Versuche“ neu aufgelegt

1992 liess die LDP eine Broschüre mit dem schlichten Titel „Liberaler Politik“ drucken. Darin fanden sich nach einer flüssig zu lesenden historischen Einordnung der Liberalen Partei „22 Versuche, liberaler Politik zu definieren“. Weil diese „Versuche“ nichts an Aktualität eingebüsst haben, wird das Werk nun neu aufgelegt.



von Grossrat Conradin Cramer

Verfasst haben die 22 Sentenzen von je nicht mehr als zwei oder drei prägnanten Sätzen Bernhard Christ und Markus Kutter. Beide waren damals Grossräte, beide

praktisch orientierte Intellektuelle, die mit unterschiedlichem Temperament und nie nachlassender Verve für das Gemeinwohl einstanden. Markus Kutter ist 2005 gestorben. Seine Zeit als Grossrat schilderte er 1998 in „Die lange Legislaturperiode“, seinem auch heute noch lesenswerten Tagebuch aus dem Grossen Rat. Bernhard Christ war bis 2001 Grossrat und ist einer der Väter der neuen Kantonsverfassung von 2005. Mit Umsicht und Überzeugungskraft

bewahrte er den Verfassungsrat davor, die neue Verfassung zu überladen und erhielt so dem Kanton Basel-Stadt seine liberalen Grundfeste. Als „Elder Statesman“ mit Weit- und Überblick ist er heute inner- und ausserhalb der LDP ein geschätzter Ratgeber für viele Politikerinnen und Politiker.

Die Broschüre von 1992 liegt heute neu gedruckt und inhaltlich gänzlich unverändert wieder vor. Die stille Sensation dieser Neuauflage ist, dass die

„22 Versuche, liberaler Politik zu definieren“ in den letzten 22 Jahren nichts von ihrer Aktualität eingebüsst haben. Die von Bernhard Christ und Markus Kutter eingängig formulierten liberalen Grundlagen für eine Politik in unserem stolzen Stadtstaat reichen über das Tages- und Legislaturgeschäft hinaus. Sie sind keiner politischen Mode verpflichtet.

Die „22 Versuche“ bieten nicht Antworten auf jede konkrete Frage, sondern dienen als Orientierung im Verhältnis von Staat und Individuum. Dieses Verhältnis wird auch in unserer stabilen Demokratie immer wieder auf

die Probe gestellt. Die „22 Versuche“ zeigen, dass liberale Politik von klaren Grundlagen ausgeht und ihren Kern im Respekt vor dem Individuum, seinen Gestaltungsmöglichkeiten und seiner Verletzbarkeit hat. Gleichzeitig wird deutlich, dass liberale Politik kein Dogma bie-

tet und deshalb nicht zwingend ableitbare Lösungen bereithält. Liberale Politik ist anstrengend. Sie verlangt die Abwägung verschiedener Güter, verweigert sich der Vereinfachung von komplexen Fragen und empfindet das „einerseits ... andererseits“ nicht als Schwäche, sondern als

eine notwendige Abwägung. Die Mitglieder der LDP zeigen in unseren Parlamenten, in staatlichen und privaten Gremien oder in lebhaften Debatten an unseren Parteiversammlungen, wie lebendig das liberale Gedankengut in Basel ist. Es ist gut zu wissen, dass die

Liberal-Demokratische Partei die inhaltliche und personelle Basis hat, um auch in den nächsten Jahrzehnten eine prägende politische Kraft in Basel zu sein. Die Liberal-Demokratische Partei wird auf diese Basis zum Wohl unseres Kantons und seiner Bevölkerung bauen.

Ein Kommentar zu den Abstimmungen im März: Wichtige Verwerfung unsinniger Experimente

Sowohl auf lokaler wie auf Bundesebene könnte das Ergebnis der Volksabstimmungen vom 8. März deutlicher nicht sein: Der Souverän stellte sich mit nicht zu überbietender Klarheit gegen Initiativen, welche Experimente mit absehbaren Negativfolgen zum Inhalt hatten. Sei es im Steuer-, im Energie- oder im Wohnbau-Bereich: die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sprachen sich gegen masslose Begehrlichkeiten und für eine Politik mit Augenmass aus. Dem ist bei der Ausarbeitung künftiger Vorlagen und bei der Frage, ob Initiativen Gegenvorschläge gegenübergestellt werden sollen, Rechnung zu tragen.



von Grossrat André Auderset

Unmittelbar nach Bekanntgabe des Resultats herrschte im Abstimmungsforum im Basler Rathaus geradezu gespenstische Stille. Konsterniert schauten die links-grünen Exponenten auf die Graphik, welche eine 58%ige Ablehnung der Initiative „Wohnen für alle“ demonstrierte, verblüfft die bürgerlichen Gewinner dieser Ausmarchung. Der Basler Souverän hatte eine „Monster“-Stiftung zur Förderung von Wohn-, Gewerbe- und Kulturraum wuchtig versenkt.

Radikales versenkt

Wenige Kilometer entfernt wurde eine noch radikalere Initiative geradezu vernichtend abgelehnt: Über 72% der Stimmenden legten zur „Strasseninitiative“ des VCS ein Nein in die Urne. Diese hätte verlangt, den motorisierten Strassenverkehr massiv einzuschränken, um auch an den unmöglichsten Orten Velospuren ermöglichen zu können (vgl. Artikel auf S. 3 dieser Ausgabe).

Es war nun aber keineswegs so, dass die Stimmenden einfach nur Nein zu allem sagten. Vielmehr bewies der Souverän Augenmass und stimmte Vorlagen zu, für welche Sinn und Nutzen aufgezeigt werden konnte. So genehmigte das Baselbieter Stimmvolk mit einem Ja-Anteil von knapp 62% das Vorhaben, eine Umfahrungsstrasse für Allschwil zu schaffen. Und die Stadtbasler bewilligten die Schaffung eines universitären Zentrums für Zahnmedizin mit knapp 64%.

Historische Ohrfeige

Noch deutlicher waren die Verdikte auf Bundesebene. Vor allem die Initiative „Energie-

statt Mehrwertsteuer“ bekam dies zu spüren. Ein Nein-Anteil von sage und schreibe 92% darf durchaus als historisch bezeichnet werden und stellt eine schallende Ohrfeige an die Adresse der Initianten dar. Nur leicht „besser“ erging es dem Begehren der CVP, Familienzulagen künftig von den Steuern zu befreien. Zwar „nur“ 75% Nein, aber ebenfalls kein einziger zustimmender Kanton.

BS im Trend

Basel -Stadt stimmte bei der Familieninitiative wie der Bundesschnitt, bei der Ener-

giesteuer war die Ohrfeige mit einem Nein-Anteil von 86% etwas weniger schallend als auf Bundesebene.

Die Lehren ziehen

Es gilt nun, aus diesen Abstimmungen die Lehren zu ziehen. Eine dieser Lehren ist, nicht aus Angst vor einem „ungünstigen“ Verdikt der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger jeder noch so radikalen und unsinnigen Volksinitiative einen Gegenvorschlag entgegenzustellen. Es ist nicht glaubwürdig, ein Begehren als unerfüllbar oder massiv schädlich für das Land darzustellen und gleichzeitig eine „Auswahl-sendung“ anzubieten, die den Intentionen der Initianten weitgehend entgegenkommt. Entweder ist etwas Unsinn, dann muss man sich diesem Unsinn auch konsequent entgegenstellen - oder ein Anliegen ist zumindest



Kein Röschtigraben, keine Differenz zwischen Stadt und Land, keine Unterschiede zwischen Alt und Jung oder zwischen Arm und Reich - die GLP-Initiative „Energie statt Mehrwertsteuer“ fiel überall durch, und zwar in historischem Ausmass.

teilweise berechtigt, dann ist es nachvollziehbar, Hand zu einer Kompromisslösung zu bieten. Man hat seinerzeit bei der „Umkehr“-Initiative gesehen, wohin es führt, wenn dem Sou-

verän ein Gegenvorschlag vorgelegt wird, der ebenso illusorisch ist wie das Volksbegehren: Der Gegenvorschlag findet an der Urne Gnade in der irrigen Meinung, es handle sich um eine

mildere oder gar vernünftiger Lösung. Den gleichen Fehler sollte man bei der im Grossen Rat zur Beratung anstehenden Strasseninitiative nicht nochmals begehen!

Verkehrsregime Innerstadt: LDP fordert Überprüfung der Folgen

Schon zwei Monate nach Inkraftsetzung des Verkehrsregimes in der Innerstadt zeigt sich, dass die neuen Regeln und vor allem deren Durchsetzungsart Folgen haben, welche so nicht absehbar waren und auch nicht gewollt sind. Die Fraktion der Liberal-Demokratischen Partei Basel-Stadt fordert deshalb in einem Anzug den Regierungsrat auf, die Umsetzung des Regimes zu überdenken und Verbesserungen anzubringen.

Als der Grosse Rat seinerzeit die gesetzlichen Grundlagen beschlossen hatte, auf deren Basis der Regierungsrat die heute geltende Regelung des Individualverkehrs in der Innerstadt erlassen hat, war wohl niemandem bewusst, wer alles in welcher Art von den neuen Regeln betroffen sein würde. Auch gibt die teilweise sehr rigide und nicht bürgerfreundliche Art der Umsetzung nicht erst seit

dem nahezu schnitzelbankreifen Vorgehen gegenüber Fasnachtswagen zu Fragen Anlass. Die Praxis der ersten Zeit des neuen Regimes zeigt, dass zum Teil seltsame und auch ungewollte Vorschriften oder Auslegungen bestehen, die nicht bewusst beschlossen worden sind. So war es im Vorfeld zum Beispiel kein Thema, dass Reisebusse mit Gästen für Restaurants im Innerstadt-Perimeter

nicht vorfahren dürfen, sondern in (eine deutlich grössere Zahl von) Taxis umsteigen müssen. Ebenso wenig war die Rede von Limousinen mit Chauffeuren, die nicht einfahren dürfen oder von den grossen Problemen des Stadt-Casinos, wenn Instrumente geliefert werden sollen. Auch den Bedürfnissen der Innerstadt-Bewohnerinnen und -Bewohnern wurde nicht gebührend Beachtung geschenkt. Nicht befriedigend geregelt sind auch die Zu- und Wegfahrten zu Arztpraxen in der Innerstadt, obwohl dies von der ärztlichen Standesvertretung frühzeitig angesprochen wurde.

Unbeabsichtigte Wirkungen

Seit der Inkraftsetzung der neuen Regeln sind weitere, nicht beabsichtigte Nebenwirkungen bekannt geworden. Auswirkungen, die Betroffenen mehr schaden, als dass sie der Allgemeinheit nutzen. Hier sind nach den konkreten Erfahrungen möglichst umgehend Verbesserungen vorzunehmen. Schwierig ist diese Situation auch für die Mitarbeitenden der Verwaltung, die von Betroffenen um Ausnahmegewilligungen angefragt werden. Auch die Mitarbeitenden der Polizei, welche diese Regelung durchsetzen müssen, sind nicht selten in unangenehmen Situationen als Anlaufstelle verärgelter Verkehrsteilnehmer. Auch Gastgewerbe und der Detailhandel sind betroffen, müssen sie doch auch gegenüber Gästen und Kunden Auskunft geben können über die nicht leicht überschaubaren Verkehrsregeln.

Schnapsidee der Grünen

Die Liberal-Demokratische Partei Basel-Stadt wehrt sich vehement gegen die Idee der Grünen Partei, die Wohnfläche pro Kopf der Bevölkerung durch den Staat einzuschränken. Allein schon die Diskussion über eine weitere staatliche Bevormundung schadet unserem Kanton. Die LDP wehrt sich auch gegen die Diskriminierung der älteren Bevölkerung; es darf nicht sein, dass ältere Leute aus ihren Häusern oder Wohnungen vertrieben werden sollen. Die Einschränkung der persönlichen Freiheit im Wohnbereich, welche die Grüne Partei mit einem Vorstoss im Grossen Rat durch den Regierungsrat prüfen lassen will, wird von der Liberal-Demokratischen Partei Basel-Stadt entschieden abgelehnt. Der Staat hat sich nicht einzumischen in den Entscheid, welche Wohnungsgrösse man für sich und seine Familie wählt. Auch ältere Leute sollen nicht bedrängt oder gar gezwungen werden, ihre Wohnung oder ihr Haus zu verlassen, wenn z.B. die Kinder ausgezogen sind oder der Ehepartner oder die Ehepartnerin verstorben ist. Eine staatliche Bevormundung beim Wohnen ist strikt abzulehnen. Es muss in Basel, Riehen und Bettingen auch in Zukunft möglich sein, selbst zu entscheiden, wie man wohnen will und dies unabhängig vom Alter. Rütteln wir im Kanton an diesem Prinzip, wird das die umliegenden Gemeinden in anderen Kantonen freuen, dorthin würden dann nämlich die Leute aus Basel-Stadt wegziehen, die es sich leisten können.

Die LDP-Fraktion fordert den Regierungsrat auf zu berichten, welche nicht bedachten Zufahrts-Situationen seit Erlass der Verordnung zu Problemen führten und wie sie bis zu einer Überarbeitung der Verordnung mit Ausnahmegewilligungen gelöst werden können. Dazu sei zu prüfen, welche Verbesserungen des Zufahrtsregimes auf der Basis der ersten Erfahrungen vorgenommen werden können.



DurchGEHEN ist ja in der Innerstadt gerade noch erlaubt. Aber wer wann durchFAHREN darf, diese Regelungen sind oft verwirlich, selten bürgerfreundlich und in vielen Fällen wirtschaftsfeindlich.

Umgestaltung der Wettsteinallee: Projekt ist unnötig, unerwünscht und kostet viel Geld und Parkplätze

300 Unterschriften
Zum Redaktionsschluss haben bereits über 300 Personen die Petition unterschrieben.

Die LDP hält die geplante Umgestaltung der Wettsteinallee für restlos unnötig und angesichts der damit verbundenen Vernichtung von über 60 Parkplätzen für ebenso unerwünscht, auch wenn die Kantonsverwaltung in Aussicht stellt, später wieder 40 Parkplätze zu schaffen. Die Kleinbasler LDP, angeführt von den Grossräten Felix Eymann und André Auderset, hat deshalb eine Petition gestartet. Mit möglichst vielen Unterschriften aus der Anwohnerschaft soll aufgezeigt werden, dass die Bevölkerung nicht hinter diesem Vorhaben steht.

Das Tiefbauamt hatte die Eigentümerinnen und Eigentümer diverser Liegenschaften an der Wettsteinallee Anfang Februar 2015 informiert, dass auf der Seite der ungeraden Hausnummern das Trottoir verbreitert und eine Baumallee in Einzelrabatten erstellt werden soll sowie 61 Parkplätze aufgehoben werden sollen. Die Arbeiten sind für die Zeit zwischen August 2015 und Juli 2016 terminiert.

Die LDP fordert einen Verzicht sowohl auf die Neugestaltung der Strasse als auch auf die Reduktion des Parkplatzangebots. Im Gebiet rund um den Wettsteinplatz hat es zahlreiche Grünflächen, ein Mangel an Bäumen besteht dort nicht. Auch macht eine Verbreiterung der Trottoirs in der Wettsteinallee keinen Sinn, da diese bereits heute breit genug sind. Speziell die mit dem Vorhaben verbundene Aufhebung von Parkplätzen ist unerwünscht.

Das Angebot an Parkplätzen im Umfeld des Wettsteinplatzes ist bereits stark verknappt, weil dort zahlreiche Parkplätze aufgehoben worden sind – etwa am Lindenberg, der Utengasse, an der Riehentorstrasse, der

Römergasse, am Burgweg oder in der Alemannengasse. Zwar ist im Anwohnerschreiben die Rede davon, das zu einem späteren Zeitpunkt als Teilersatz für die 61 wegfallenden Parkplätze 40 neue geschaffen



würden. Zum einen ist diese vage Zusage angesichts der Haltung des Bau- und Verkehrsdepartement in Fragen des Parkraums mit grösster Vorsicht zu begegnen. Zum anderen sollen die Parkplätze sehr ungünstig zwischen Bäume zu liegen kommen, was das Abstellen etwa von Liefer- und Servicefahrzeugen nahezu verunmöglichen würde.

Durch eine weitere Vernichtung von Parkraum würden sich der Suchverkehr und der ruhende Verkehr noch mehr in die übrigen Wohngebiete rund um den Wettsteinplatz verlagern. Und gerade für Familien, die finanziell nicht auf Rosen gebettet sind, sind teure Abstellplätze in Einstellhallen, etwa in der Überbauung altes Kinderspital, keine machbare Alternative.

Aus dem Wettsteinquartier sind in jüngerer Zeit keine breit abgestützten Wünsche nach Erstellung einer neuen Allee oder nach Aufhebung von Parkplätzen zu vernehmen gewesen. Deshalb kann nach Ansicht der LDP nicht davon gesprochen werden, dass die Wohnbevölkerung diese Umgestaltung will. Dies wollen die Liberalen mit einer Petition beweisen.

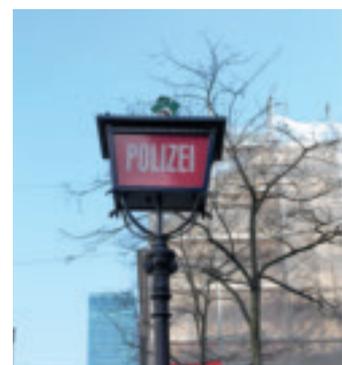
Aufhebung der Polizei-Arbeitsmarktzulage: Regierungsentscheid gefährdet Sicherheit

Weil Polizistinnen und Polizisten in Basel-Stadt je nach Dienstalster und Funktion zum Teil massiv weniger verdienen als ihre Kolleginnen und Kollegen in den Nachbarkantonen, wurde seit 2001 eine sogenannte Arbeitsmarktzulage ausgerichtet. Diese Kompensationsmassnahme zur Verhinderung einer Abwanderung der Angestellten hat der Regierungsrat nun gestrichen. Ein falscher, ja kontraproduktiver Entscheid und ein bedenkliches Zeichen von fehlender Wertschätzung des oft harten Polizeiberufs!

Der Regierungsrat hat am 13. Januar 2015 in einem nicht publizierten Beschluss die seit 1. Januar 2001 bestehende Arbeitsmarktzulage für Mitarbeitende der Kantonspolizei Basel-Stadt gestrichen. Begründet wird dies mit der jüngst erfolgten „Systempflege“ des baselstädtischen Lohnsystems. Tatsächlich trägt die erwähnte Systempflege den anspruchsvollen und vielfältigen Aufgaben

der Polizistinnen und Polizisten Rechnung. Diese Systempflege hatte aber lediglich die Aufgabe, innerhalb der kantonalen Verwaltung das Lohngefüge an die aktuellen Gegebenheiten anzupassen. Kein Element der Systempflege war und ist der Vergleich mit dem „Marktumfeld“, also dem Vergleich zu den benachbarten Kantonen. Die Arbeitsmarktzulage wurde aber seinerzeit genau aufgrund die-

ses Vergleichs eingeführt – weil Mitarbeitende des baselstädtischen Polizeikorps im Vergleich zu den gleichen Funktionen in Nachbarkantonen in vielen Fällen deutlich schlechter entlohnt worden waren und deshalb einer verstärkten Abwanderung von in Basel-Stadt ausgebildeten Polizeikräften entgegen gewirkt werden sollte. Der jetzt vom Regierungsrat getroffene Entscheid kon-



terkariert die seinerzeitigen Bemühungen und ist deshalb unverständlich. Zu bedenken ist auch, dass die Vollkosten für die Ausbildung einer Polizistin oder eines Polizisten bei rund einer 250'000 Franken liegen. Die durch den Verzicht auf die Arbeitsmarktzulage eingesparten CHF 700'000 wären also bereits

durch den Wechsel von drei Korpsangehörigen etwa in den Kanton Basel-Landschaft wieder „kompensiert“.

Psychologische Wirkung

Dazu kommt, dass der Streichungsentscheid auch eine nicht zu unterschätzende psychologische Wirkung entfaltet. Auch nach der Systempflege verbleibt rund die Hälfte der Polizisten/innen in der gleichen Lohnklasse und ist bei Abschaffung der Arbeitsmarktzulage deshalb benachteiligt. Aber auch bei der anderen Hälfte, die in der Lohnklasse steigt, ist die ganze Gruppe der „Gefreiten“ benachteiligt, weil deren Löhne wegen der Abschaffung der AMZ gleich hoch sind wie vorher, und gerade auf dieser Stufe ist die Abwanderung in andere Korps besonders ausgeprägt.

Der Streichungsentscheid kann überdies leicht als ein Zeichen mangelnder Anerkennung des Polizeiberufs verstanden werden

Unbefriedigende Antwort auf LDP-Interpellation

In einer Interpellation forderte LDP-Grossrat André Auderset die Rücknahme des Entscheides und stellte die Frage, ob der Regierungsrat der Ansicht sei, dass die Lohnunterschiede, welche seinerzeit für die Arbeitsmarktzulage massgebend waren, heute nicht mehr bestehen würden. In seiner Antwort erklärt der Regierungsrat, dass heute keine Unterschiede von mehr als 10% mehr bestehen würden. Er übersieht dabei, dass ein Unterschied in der Grössenordnung von 6-9% leicht einen monatlichen Betrag von CHF 500.- und mehr ausmachen kann.

Abwanderung in Kauf genommen

Sehr nonchalant antwortet der Regierungsrat auf die Frage, ob die Streichung zu stärkeren Abgängen im Polizeikorps führt oder die aufgrund entsprechender Grossratsbeschlüsse angestrebte Verstärkung des Polizeikorps erschweren könnte. Es gebe ja auch andere Gründe, den Polizeiberuf in Basel-Stadt attraktiver finden zu können, meint er. Im Baselland sieht man es anders: Dort wurde beschlossen, vorerst keine Polizisten mehr auszubilden. Logisch, man kann ja „fertige“ Polizeikräfte aus Basel-Stadt übernehmen... Der Regierungsrat will nicht auf seinen Streichungsentscheid zurückkommen. Der Interpellant klärt nun ab, mit welchen Instrumenten trotzdem eine Umkehr erzwungen werden kann.

Unnötige Gefahr durch Parkierverbot

Bis 31. Oktober letzten Jahres war es polizeilich toleriert, wenn Berechtigte ihr Fahrzeug vor der eigenen Garage parkierten. Seit 1. November gilt eine Praxisänderung, und derart parkierte Fahrzeuge werden mit einer Ordnungsbusse belegt. Begründet wird die Änderung mit der neuen Parkraumbewirtschaftung, welche keine „unbewirtschafteten“ Parkierflächen mehr zulasse. Diese Praxisänderung schafft unnötig Gefahrenherde. Hausbesitzer, die bislang ihr Fahrzeug – vor allem bei kurzfristigem Abstellen – vor der eigenen Zufahrt parkiert hatten, werden nun gezwungen, das Fahrzeug in jedem Fall auf dem eigenen Grundstück abzustellen. Gerade in Strassen mit engem Trottoir und steilen Garageneinfahrten bedingt dies zusätzliche Fahrmanöver und speziell Rückwärtsfahren bei eingeschränkter Sicht. Damit werden die zu Fuss Gehenden als schwächste Verkehrsteilnehmende unnötig gefährdet. Als Beispiel kann die Neubadstrasse genommen werden, wo viele Kinder auf ihrem Weg von oder zu Kindergarten und Schule mehrmals täglich solche steilen Garagenrampen passieren. Um diese Gefahrenherde zu entschärfen, hatte LDP-Grossrat Raoul Furlano gefordert, die Regeln der Parkraumbewirtschaftung so zu ändern, dass das Parkieren vor der eigenen Garage wieder erlaubt ist. Um Missbräuche zu vermeiden, können spezielle Einschränkungen – etwa der Besitz einer Anwohnerparkkarte – vorgeesehen werden. Bedauerlicherweise wurde die entsprechende Motion nicht überwiesen. Furlano hat nun mit einem Anzug einen weiteren Anlauf gestartet, dieses Problem zu entschärfen.

Die Universität weiter entwickeln – von Stadt und Land gemeinsam

Die Universität Basel war eine beständige Kraft. Sie war lange Zeit für die weltweite Ausstrahlung unserer Region – vor allem auch im Kultur-Bereich – praktisch alleinverantwortlich. Sie muss auch in Zukunft eine wichtige Kraft in unserer Region bleiben.



von Regierungsrat Christoph Eymann

Unsere Universität Basel wird in diesem Jahr 555 Jahre alt. In dieser langen Zeit hat diese Hochschule unzählige Male wertvolle Impulse für die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft gegeben. Weltberühmte Dozenten lehrten hier in allen Fakultäten. Schwierige Zeiten wurden überwunden wie etwa die Reformationswirren und die Kantonstrennung - auch Dank eines stets universitätsfreundlichen Staatswesens.

Impulse für die Wirtschaft

Auch für die Wirtschaft wirkte unsere Hochschule befruchtend – zum Wohle der Bevölkerung der Region und des Landes. Angefangen beim Buchdruck über die epochalen Erkenntnisse in der Anatomie und Medizin und die verschiedenen Entwicklungsschritte der Chemie bis hin zur Pharmazie. Die Existenz und der Erfolg der Chemischen Industrie, der Pharmazeutischen Unternehmen, einer bedeutenden Logistikbranche, von Unternehmen der Finanzwirtschaft, Verlagshäusern und zahlreicher Klein- und Mittelbetrieben in Basel und der Region haben direkt oder indirekt mit der Universität Basel zu tun. Nicht nur Erfindungen und Entdeckungen der Hochschule, sondern auch gut ausgebildete Fachkräfte aus allen Fakultäten trugen und tragen zum wirtschaftlichen Erfolg dieser Region bei.

Verpflichtung für die Politik

Eigentlich banale Erkenntnisse? Ja, das mag sein. Es ist aber enorm wichtig, dass wir uns in Basel-Stadt und in Basel-Landschaft bewusst sind, wie wichtig diese Universität für uns alle ist. Das bedeutet, dass die politischen Verantwortlichen in Stadt und Land die Entschlossenheit haben müssen, diese Hochschule mit genügend Mitteln und modernsten Infrastrukturen auszustatten. Nicht nur, aber auch wegen ihrer wirtschaftlichen Bedeutung. Die Bedeutung einer Hochschule misst sich nicht ausschliesslich an der Verwert- und Nutzbarkeit ihrer Disziplinen. Es darf nicht sein, dass rein utilitäre Aspekte über den Mittelzufluss entscheiden. Die Geisteswissenschaften und die Theologie sind ebenso wertvoll wie die Bereiche, die unter Life Science zusammengefasst werden können.

Die Konkurrenz wird stärker

Wir stehen vor wichtigen Entscheidungen. Die nächste Leistungsauftrags-Periode von 2018 bis 2021 muss vorbereitet werden. Es wird wegweisend für

die Entwicklung der nächsten Zeit sein, wie sich die Trägerkantone hinsichtlich Finanzierung verhalten.

Rückschritte drohen

Falls die erforderlichen Mittel für die Weiterentwicklung nicht bereit gestellt werden, drohen Rückschritte. Wenn wir die schweizerische Hochschullandschaft betrachten, müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass massiv investiert wird. Zürich hat unlängst mehrfach sehr grosszügige Spenden von zum Teil über 100 Millionen Franken entgegen nehmen können und gestaltet zum Beispiel die Zusammenarbeit zwischen ETH und Universität auch im Bereich der Medizin erfolgreich. Die ETH Lausanne mit Ihrem hervorragenden Präsidenten verfügt über modernste Infrastruktur und ist in der Lage, Drittmittel in enormer Dimension zu generieren. Auch Bern investiert massiv.

Ein Blick ins Ausland zeigt, dass sogar in Ländern mit tieferem Lebens-Standard die Hochschulen finanziell sehr gut gehalten werden. Diese Konkurrenz wird bei uns in wenigen Jahren deutlich spürbar werden.

Verpflichtung für die Politik

Diese Erkenntnisse müssen uns leiten in der künftigen Hochschulpolitik. Es darf nicht sein, dass wir in Basel in der sehr guten Entwicklung der letzten Jahre gebremst werden. Die beiden Trägerkantone müssen sich bewusst sein, dass der Universität eine Schlüssel-Funktion für die Attraktivität der Region Basel zukommt. Stillstand in der Finanzierung bedeutet Rückschritt. Rückschritt wirkt sich – nicht morgen, aber in wenigen Jahren – verheerend aus auf unsere Region. Es gilt, sich stark zu engagieren für diese Universität mit allen ihren Fakultäten.

Wir brauchen eine erstklassige Forschungsuniversität und eine Universität, welche beste Lehrbedingungen anbietet. Dies hat seinen Preis.

Finanzierung priorisieren

Die momentane Finanzsituation des einen oder anderen Trägerkantons darf nicht dazu führen, dass eine Verzögerung in der Entwicklung eintritt, die sich im Wettbewerb mit in- und ausländischen Hochschulen negativ auswirkt. Die Finanzierung der Universität muss von der Politik priorisiert werden. Ideen, wie das Festsetzen eines Finanzrahmens, bevor die selbständige Universität ihre Strategie für die nächsten vier Jahre entwickeln darf, sind gefährlich und führen zu Mittelmass. Auch der Austritt aus der bikantonalen Trägerschaft durch Basel-Landschaft, würde die Universität stark beschädigen. Es muss auch in Zukunft

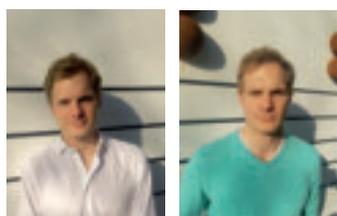
möglich sein, diese bedeutende Universität, eine der ältesten und in vielen Bereichen auch eine der erfolgreichsten in Europa, zu fördern.

Kluge Politik weiterführen

Die kluge und unterstützende Politik meines Amtskollegen Urs Wüthrich im Nachbarkanton muss fortgesetzt werden. Daran darf auch der nicht nachvollziehbare Entscheid, Basel-Landschaft nicht in den Hochschulrat der Schweiz zu wählen, nichts ändern. Auch in Basel-Stadt darf es keine Kursänderung in der Hochschulpolitik geben. Ich bin zuversichtlich, dass die Regierungen und die Parlamente beider Basel sehr wohl wissen, was auf dem Spiel steht, wenn kurzfristige Finanzüberlegungen den Ausschlag für eine Unterfinanzierung der Universität Basel geben würden.

Jungliberale Basel-Stadt: Wir schalten einen Gang höher

Die Jungliberalen konnten während der letzten Wochen gleich mehrfach auf sich aufmerksam machen. Diskutiert wurden vor allem die Forderung von Wohncontainern für Studenten sowie das Überdenken des Lärmregimes aufgrund des sich abzeichnenden Clubsterbens in Basel. Zudem sind die Jungliberalen sehr engagiert im Kampf gegen die Parkgebühren für motorisierte Zweiräder - im Rahmen der "Zweiradinitiative".



von Lukas und Michael Hug

Die Jungliberalen begrüssen sämtliche nationalen Abstimmungsergebnisse, sowie auch das Ja zur Zahnmedizin. Zudem hat das Basler Stimmvolk erkannt, dass eine Sprechung von 50 Millionen für eine Stiftung gegen Wohnungsnot nicht die Antwort auf das vorherrschende Problem ist. Zu unkonkret waren die Massnahmen abgesteckt. Dass man grundsätzlich versucht das Problem zu bekämpfen, ist sicherlich zu begrüssen

- was wir bei den Jungliberalen ebenfalls tun.

Wohncontainer für Studierende

Ganz konkret haben wir bei der Stadt die Forderung gestellt, Wohncontainer für Studierende - nach den Vorbildern Berlin und Amsterdam - aufzustellen. Die Antwort vom Präsidentsdepartement steht noch aus. Jedoch ist die Idee schon auf grosses mediales Echo gestossen. Ebenfalls Eingang in die Medien hat die Stellungnahme der Jungliberalen zum Clubsterben in Basel gefunden. Als erste politische Partei konnten wir uns positionieren, indem wir uns zum Thema äusserten und so auch unserem Sympatisantenkreis klar machen, dass wir

für junge und liberale Interessen eintreten. Konkret fordern wir mehr Akzeptanz bezüglich Lärmemissionen und ein liberaleres Bewilligungswesen - Ausgangszonen sind denkbar.

Auch Nachtleben gehört zur Stadt

Basel „culture unlimited“ das klingt grosstädtisch, verspricht Mondanität. Klar - Museen, Theater, Dreiländereck und unsere Messen erfüllen dieses Versprechen. Aber gehört zur Kultur einer Stadt nicht auch das Nachtleben? Die Clubs, Bars und vielseitige Veranstaltungen? Nicht mehr lange in Basel. Denn nachdem „das Schiff“ vor zwei Jahren geschlossen hat und das NT-Areal überbaut wird, folgen nun teils europaweit bekannte

Institutionen wie das Nordstern, der Hinterhof oder auch die Garage und schliessen ihre Tore. Aus der Sicht der JLB entspricht dies weder dem Volkswillen, noch der liberalen Tradition der Stadt. Was ist geschehen, wo liegt der Fehler? Man will einen attraktiven Standort, will Zürich übertrumpfen, will international sein. Gleichzeitig werden Mietverträge nicht verlängert und dies von öffentlich rechtlichen Institutionen, wie der IWB, da eigene Interessen überwiegen.

Lähmende Lärm- und Bauvorschriften

Alternative Liegenschaften wären theoretisch vorhanden, doch Lärm- und Bauvorschriften, sowie private Interessen schieben hier den Riegel. Basel tickt halt anders. Doch kommt das Basler Nachtleben zu diesem Rhythmus kaum in Tanzlaune. Die Jungliberalen fordern ein radikales Umdenken der Behörden im Bezug auf Bewilligungsverfahren, der sehr restriktiven Lärmemissionsbemessung, sowie der Akzeptanz bezüglich

LDP auf Facebook

Die Liberal-Demokratische Partei will sich verstärkt auch auf den Social Media präsentieren. Dazu haben wir unsere Präsenz auf Facebook ausgebaut. Hier finden Sie alles Wissenswerte und die neuesten Vorstösse sowie die Reaktionen darauf. Schauen Sie doch mal rein - und „liken“ Sie uns.

Auf Wiedersehen im Facebook!

Clubs und Veranstaltungen generell.

Für Zonen mit höherer Toleranz

Um dies zu erreichen, wollen wir die Diskussion fördern, um Lösungsansätze - wie beispielsweise das Schaffen von Ausgangszonen mit höherer Lärmtoleranz und vereinfachtem Bewilligungsverfahren zu verfolgen. Die Steinenvorstadt und die Feldbergstrasse würden sich unter anderen als solche Zone anbieten. Das die Diskussion gewünscht ist, zeigt auch der grosse Zuspruch zur Facebook-Gruppe „Für ein junges, lebendiges Basel“.

Doch nicht nur die Behörden sind in die Pflicht zu nehmen. Auch die Erwartungshaltung der Bewohner der Innerstadt muss revidiert werden. Man muss eine Antwort darauf finden, inwiefern die Interessen Einzelner den gemeinschaftlichen Interessen in einer Stadt überwiegen dürfen. Die Mehrheit einer städtischen Bevölkerung bewertet einen Standort nicht zuletzt wegen des Nachtlebens als attraktiv. So wählen auch viele Studenten die Universität aufgrund der Ausgahmöglichkeiten. Wenn es so weitergeht, kann Basel wieder in ihrer Provinzialität versinken und alle Stadtanwohner, welche in der Urbanität ihre Ruhe suchen, einen grossen Gefallen tun: Das grösste Freilichtmuseum vor der Hausschwelle - Die Basler Innenstadt.

Für Parkplätze - auch für Roller

Beim Thema Innenstadt: Die Jungliberalen sind auch immer wieder aktiv unterwegs, wie beispielsweise jüngst an der Wettsteinallee, um gegen die Allee-Umgestaltung Petitionsbögen zu verteilen. Ausserdem sammeln wir aktiv Unterschriften

für unsere gemeinsame Forderung, dass Zweiräder auf dem Allmendgebiet grundsätzlich kostenlos parkieren können. Mit dieser Initiative würden die Parkgebühren für Zweiräder, somit auch die Rollerparkgebühren, wieder abgeschafft und sichergestellt, dass auch keine solchen von Parlament oder Regierung mehr eingeführt werden könnten. Die jungen Bürgerlichen Parteien in Basel würden sich über Ihre Unterschriften freuen. Seit Beginn haben wir schon über einen Drittel zusammen. Unterschriftsbögen sind auf www.zweiradinitiative-bs.ch erhältlich, wir danken für die Unterstützung.

Auf Facebook und im Internet aktiv

Um stets informiert zu sein was die Jungliberalen gerade tun, wo sie wirken und welche Meinungen sie vertreten, besuchen Sie doch unsere Facebook-Gruppe „Jungliberale Basel“ oder unsere Website www.jungliberale.ch. Sie finden dort auch jeweils das mediale Echo auf unsere jüngsten Aktionen. Wir freuen uns über Ihr Interesse.

Planlose Planung?

Laut Behindertengleichstellungsgesetz werden alle Tramhaltestellen in Basel tritt und stufenlos gestaltet, um Gehbehinderten, älteren Menschen und Eltern mit Kinderwagen ein müheloses Einsteigen zu ermöglichen. Es wird damit gerechnet, dass im Jahr 2023 sämtliche Haltestellen (Kosten grob geschätzt: 100 bis 200 Millionen) fertig gestellt sein werden. Allein mir fehlt der Glaube! So ist zum Beispiel die am Kirschgarten bereits angepasste Haltestelle nicht kompatibel mit den BVB-Fahrzeugen der Linie 1 und 2, weil die Klapptritte an der erhöhten Kante hängen bleiben und somit kann diese bis Mitte 2016 nicht bedient werden. Dafür wurde mit der 27 Zentimeter hohen Trottoirkante eine Falle für die Velofahrenden geschaffen, die mit dem Pedal an der Kante hängen bleiben! Dies scheint jedoch nur ein Problem von vielen zu sein, weitere werden folgen, so zum Beispiel bei der Haltestelle Spalentor oder bei der Diskussion um Aufhebung oder Verschiebung von Haltestellen. 12 der 283 Haltestellen wurden bereits angepasst, und zur Zeit wird laut Baudepartement eine Gesamtkoordination erarbeitet, um festzulegen, wann welche Haltestelle umgebaut wird. Weshalb wurde die Gesamtkoordination nicht erarbeitet, bevor bereits 12 Haltestellen in Angriff genommen wurden? In der Regel erfolgt eine Koordination – in diesem Falle von insgesamt 295 Haltestellen - vor der Umsetzung; nur so lassen sich Leerläufe vermeiden und Kosten sparen!

Christine Wirz-von Planta



Die Jungliberalen in Aktion: In die Briefkästen an der Wettsteinallee wurden die Unterschriftenbögen für die Petition gegen die Allee-Umgestaltung geworfen; v. l. n. r.: Philip Schotland, Lukas Hug, Benji Grob, Adrienne Strahm und Rémi Berger.

Impressionen von der Nominations-Versammlung



Vom Baselbiet lernen...



von André Auderset*

„Von der Sowjetunion lernen heisst siegen lernen.“ Das hätten Sie, liebe Leserin, lieber Leser, nicht gedacht, dass Sie diese DDR-Lösung für die deutsch-sowjetische Freundschaft einmal im LIBERAL lesen müssen – und erst noch von einem konsequent Bürgerlichen (oder, wie es heute heisst: Nationalkonservativen). Aber es ist aus aktuellem Anlass gerechtfertigt, allerdings „leicht“ umgewandelt.

Mit „Vom Baselbiet lernen, heisst siegen lernen“, darf man als Bürgerlicher bewundernd und mit einem gewissen Neid über die Hülfenschance blicken. Dort hat man es geschafft, durch Zusammenstehen aller bürgerlichen Parteien einen historischen Sieg zu erringen und den Sozialismus (zumindest personell) aus der Regierung zu verdrängen. Das links-grüne Lager war zerstritten und trug die Folgen dieser Uneinigkeit: Die SP verlor ihren Sitz in der Exekutive, die Grünen liessen massiv Federn in der Legislative. Und in Basel-Stadt? Da läuft es seit Jahr und Tag genau umge-

kehrt, egal ob bei kantonalen oder nationalen Wahlen. SP und das Grüne Bündnis raufen sich ungeachtet aller inhaltlichen und personellen Differenzen immer wieder rechtzeitig vor den Wahlen zusammen, treten ge-eint auf und fahren ebenso ge-eint Sieg um Sieg ein. Dagegen liefert das bürgerliche „Lager“ ein Trauerspiel nach dem anderen. Vor acht Jahren mündete dies in der Lachnummer von einem Jekami-Angebot für den Ständerat, vor vier Jahren einigten sich die Parteipräsidenten von CVP, LDP und FDP mit der SVP zwar auf einen gemeinsamen Kandidaten, wurden aber von der jeweiligen Basis zurückgepfiffen. Links-Grün lachte sich einen Schranz und Frau Fetz fuhr im Schlafwagen zur nächsten Berner Amtszeit.

Hat dieser Paukenschlag aus Liestal nun die bürgerlichen Bedenkenträger endlich geweckt? +Es ist zu hoffen! Wer nach dem 8. Februar 2015 noch immer meint, sich dunkelhaft einer Zusammenarbeit entziehen zu können, nur weil einem der Stil oder gewisse Personen nicht passen, hat nichts kapiert. Bei den letzten Nationalratswahlen hat es dank einer ungewöhnlichen Situation knapp für einen dritten bürgerlichen Sitz gelangt. Dass die GLP erneut Steigbügelhalter für einen CVP-Kandidaten spielt, ist aber fraglich. Dann wird es aber nur etwas mit einem dritten Sitz, wenn die „überzähligen“ Stimmen der SVP im bürgerlichen Lager bleiben. Beim letzten Mal waren dies über 10'000

Stimmen, die „in den Orkus“ gingen, statt in einer Listenverbindung nützlich zu sein. Das darf nicht nochmals passieren!

Selbstverständlich haben CVP, FDP, LDP und SVP in verschiedenen Sachfragen unterschiedliche Standpunkte – sonst könnte man sie ja durch eine Einheitspartei à la DDR ersetzen. Aber sie haben einen Grundkonsens, welchen Staat sie wollen und vor allem, welchen nicht. Und natürlich behagt einem nicht alles, was ein Vertreter einer anderen Partei eventuell auf nationaler Ebene so rauslässt. Aber wir wählen keine Zürcher oder Berner, sondern die Basler Vertretung in der Bundesversammlung! Und es kann tatsächlich passieren, dass der zusätzliche Sitz dann nicht in der eigenen Partei anfällt. Aber ist das aus bürgerlicher Sicht schlimmer als ein Abwandern zu Links-Grün?

Fazit: Wenn das bürgerliche Lager bei Wahlen in Basel-Stadt siegen will, muss es vom Baselbiet lernen: Eine BS-BüZa tut dringend not!

* Dieser Beitrag erschien als „Basler Kommentar“ in der Basellandschaftlichen Zeitung.

Nächste Partei-versammlung und GV:

11. Mai 2015

im Rest. Schlüsselzunft, Freie Strasse 25, Basel

4010 Basel

PP

Liberal

Forum für liberale Politik
in der Region Basel

März/April 2015
ISSN 2296-0155

Preis
Einzelpreis CHF 4.00,
Jahresabonnent CHF 18.00

Auflage
2'500 Exemplare
erscheint vier bis sechs Mal
jährlich

Herausgeberinnen
LDP Basel-Stadt
LDP Riehen/Bettingen
Jungliberale Basel

Redaktion
André Auderset

Redaktionsadresse
Elisabethenanlage 25
4010 Basel
T 061 272 12 36
F 061 272 17 43
andre.auderset@ldp.ch

Inserate
Elisabethenanlage 25
4010 Basel
T 061 272 12 36
F 061 272 17 43

Herstellung
Gremper AG, Basel

Denken Sie auch liberal?

Ja, deshalb möchte ich Mitglied werden

Ja, deshalb möchte ich mehr Infos über die LDP

.....
Name und Vorname

.....
Adresse

Bitte einsenden an die rechts angegebene Adresse der LDP-Geschäftsstelle oder via info@ldp.ch.